

Mit Lenin-Maske gegen den Leninismus

Wie Gorbatschow und Jakowlew die Konterrevolution inszenierten

Seit Gorbatschow, zum Generalsekretär der KPdSU aufgestiegen, die „Perestroika“ verkündete, ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Die Ergebnisse sind bekannt: Der Sozialismus in der Sowjetunion wurde nicht „umgebaut“, sondern zerstört, an seine Stelle trat die Herrschaft der Oligarchen in der Wirtschaft und des autoritären Putin-Medwedjew-Regimes. Die unter der Sowjetmacht durchgesetzten Errungenschaften des arbeitenden Volkes wurden geschleift, die große Masse der Menschen ins Elend gestürzt, die UdSSR aufgelöst, ihre Nachfolgestaaten zu bloßen Rohstofflieferanten der imperialistischen Metropolen degradiert. Im Strudel des Zusammenbruchs der UdSSR sind auch die anderen sozialistischen Staaten Europas untergegangen. Wie konnte all das geschehen? Warum sahen die Sowjetbürger, die in der Vergangenheit so unermessliche Entbehrungen und Opfer für den Aufbau des Sozialismus und seine Verteidigung auf sich genommen hatten, der Zerstörung des Lebenswerks mehrerer Generationen tatenlos zu oder wirkten dabei sogar mit? Wie ist es zu erklären, daß der Machtantritt Gorbatschows und seine „Perestroika“ zunächst auch von den Kommunisten außerhalb der Sowjetunion (der Autor dieses Beitrages schließt sich ausdrücklich ein) begeistert begrüßt wurden?

Vieles läßt sich heute beantworten. Dazu gehört, daß die Probleme der Sowjetgesellschaft Anfang der 80er Jahre immer offensichtlicher wurden und nach einer Lösung drängten. Die Entwicklung von Wirtschaft und Lebensstandard stagnierte, die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten waren ungenügend, die Führung regierte vom Volk abgehoben. Gorbatschow und dessen Mannschaft knüpften an die Unzufriedenheit der Menschen und deren Sorgen an, die Freunde der UdSSR im Ausland bewegten. Sie verkündeten, die Wirtschaft effektiver gestalten, die sozialistische Demokratie entfalten und Offenheit durchsetzen zu wollen. Ihre wirklichen Absichten waren lange Zeit um so weniger zu erkennen, als sie ihre Reden zunächst fleißig mit Lenin-Zitaten garnierten und den Führer der Oktoberrevolution geradezu zum Kronzeugen ihrer Politik erhoben. Dies änderte sich dann Schritt für Schritt, so daß man im Herangehen an Lenin deutlich die Strategie des großen Betrugers ablesen kann, hinter

dessen Dunstschleier sich die Konterrevolution entfaltete.

Ein heuchlerischer Schwur

Gorbatschow versicherte in seinem 1987 erschienenen Perestroika-Buch: „Die Rückbesinnung auf Lenin hat Partei und Gesellschaft in ihren Versuchen außerordentlich beflügelt, Erklärungen und Antworten auf die neu aufgeworfenen Fragen zu finden.“ Und an anderer Stelle: „Das Wesen



Kohl kann strahlen: Er hat Gorbatschow an und in der Hand.

der Perestroika liegt in der Tatsache, daß sie ... das Leninsche Konzept des sozialistischen Aufbaus sowohl in der Theorie als auch in der Praxis wieder einführt.“ Selbst in dem vom Februar-Plenum 1990 verabschiedeten Entwurf der Plattform zum 28. Parteitag der KPdSU versicherten Gorbatschow und sein Zentralkomitee noch: „Die Treue zur sozialistischen Wahl und den Ideen des Oktober – die Macht der Sowjets, die Fabriken den Arbeitern, der Boden den Bauern, Frieden den Völkern, freie Selbstbestimmung der Nationen – bleibt für uns unerschütterlich.“ Bei so viel Lenin und so viel Bekenntnissen zum Sozialismus, wer hätte da Gorbatschow und seinen Propheten der „Perestroika“ mißtrauen sollen?

Wohin man wirklich steuerte, hatte Gorbatschow allerdings schon einige Wochen vor dieser ZK-Tagung dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt verraten. Der verkündete den Teilnehmern einer Tagung der Evangelischen Akademie Meißen: „Wenn Sie Erfolg mit Perestroika haben, was wird denn dann aus dem Sozialismus ...?“, habe ich ihn gefragt. Da ist Gorbatschow richtig zusammengeuckt. ... „Ich glaube so etwas wie in Schweden“, hat er schließlich gesagt.“ Im „Hamburger Abendblatt“ vom 4./5. November 1989

heißt es weiter: „In Erinnerung lächelt Helmut Schmidt ...: „Viele sagen, Schweden sei ein hochkapitalistisches Land!“

Das Bekenntnis zu Lenin wurde mit der Devise verbunden, ihn „neu zu lesen“, „seine Konzeption des Sozialismus wiederherzustellen“. Unter diesen Losungen baute man einen zurechtgestutzten Lenin auf, den man als Werkzeug des Kampfes gegen den Sozialismus instrumentalisierte. Aus dem Werk Lenins wurden einzelne Zitate herausgerissen und diesen ein Sinn gegeben, mit dem sich die Abkehr vom Sozialismus begründen ließ. Mißbraucht wurden vor allem zwei Aussagen. Die erste bezieht sich auf die Neue Ökonomische Politik (NÖP), zu der nach dem Ende des Bürgerkrieges neben der Aufhebung der Ablieferungspflicht für die Bauern und deren Ersetzung durch eine Naturalsteuer auch solche Elemente gehörten wie der freie Handel der Bauern mit ihren über diese hinausgehenden Erzeugnissen, die Wiederzulassung kleiner Kapitalisten und das Bemühen, durch Konzessionen ausländisches Kapital heranzuziehen. Lenin erklärte dazu auf dem IX. Allrussi-

schen Sowjetkongreß im Dezember 1921, „daß wir diese Politik ernsthaft und auf lange Zeit, aber natürlich, wie das schon richtig bemerkt worden ist, nicht für ewig durchführen“.

Die Propheten der „Perestroika“ legten das Gewicht auf die Worte „ernsthaft und für lange Zeit“. Die Ergänzung „nicht für ewig“ verschwand. Und die so verkürzte und dadurch entstellte Aussage wurde mit einer zweiten mißbrauchten Bemerkung Lenins verbunden. In seiner Arbeit „Über das Genossenschaftswesen“, die er im Januar 1923 verfaßte, heißt es: „Jetzt haben wir das Recht zu sagen, daß das einfache Wachstum der Genossenschaften für uns ... mit dem Wachstum des Sozialismus identisch ist, und zugleich müssen wir zugeben, daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat.“ Daraus pickten Gorbatschow und dessen Nachahmer die Worte heraus, „daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat“ und stellten sie in einen Zusammenhang mit der NÖP, die „ernsthaft und für lange Zeit“ durchgeführt werden müsse. Das Ganze gaben sie dann als „das Leninsche Ideal des Sozialismus“ aus, einen „Sozialismus“ mit russischen Kapitalisten und ausländischen Konzessionären.

Sie behaupteten, daß Lenin, „in tiefe Zweifel über die Richtigkeit der bolschewistischen Handlungen verfiel. Sagte er doch, daß es notwendig sei, unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend zu ändern.“

„Leninsche“ Sicht aus antileninistischen Augen

Diese angeblich Leninsche Sicht auf den Sozialismus – so behauptete Jakowlew – „entfiel aus unserem Gedächtnis und unserer Praxis oder wurde bis zur Unkenntlichkeit entstellt“. Bei näherem Hinschauen zeigt sich hingegen, daß Lenins Positionen gerade durch die Propheten der „Perestroika“ bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden.

Erstens. Die NÖP war keineswegs Lenins „Ideal des Sozialismus“. Vielmehr betonte er in seiner bereits zitierten Rede, daß diese Politik eine erzwungene Maßnahme sei, hervorgerufen durch „unsere Armut und Zerrüttung und durch die überaus große Schwächung unserer Großindustrie“.

Kern der NÖP war keineswegs die Wiederzulassung privater Unternehmer und die Heranziehung ausländischen Kapitals, sondern die Bewahrung und Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft durch die Entwicklung ökonomischer Beziehungen zwischen der staatlichen Großindustrie und den bäuerlichen Betrieben. Privates Unternehmertum und ausländische Konzessionäre sollten die wirtschaftliche Entwicklung unter den gegebenen Bedingungen der Zerrüttung zeitweilig unterstützen.

Zweitens. Lenins These, daß sich „unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert“ hat, bezieht sich nicht auf die NÖP und schon gar nicht auf die Zulassung privater Kapitalisten und ausländischer Konzessionäre. Es ging vielmehr um das Genossenschaftswesen. Lenin stellte sich die Frage, wie die ganze werktätige Bevölkerung, und in einem Bauernland wie Rußland vor allem die des Dorfes, in den sozialistischen Aufbau einbezogen werden könne. Er sah den Schlüssel darin, auf neue Weise an die Genossenschaften heranzugehen.

Zu Beginn der NÖP wurde ihnen keine selbständige Bedeutung beigemessen. Man zählte sie nicht zu den sozialökonomischen Sektoren der Übergangsperiode. Nunmehr änderte sich die Position Lenins grundlegend. Er stellte fest, daß das Wesen der Genossenschaften vom System der jeweils herrschenden ökonomischen Verhältnisse geprägt wird, und daß sie unter den Bedingungen der bestimmenden Rolle der sozialistischen Großindustrie in das System der neuen Produktionsverhältnisse einbezogen werden können.

Was Lenin mit der Bemerkung, „daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus geändert hat“, sagen wollte, ist vollkommen klar, fuhr er doch fort: „Die grundlegende Änderung besteht darin, daß wir früher das Schwergewicht auf den politischen Kampf, die Revolution,

die Eroberung der Macht usw. legten und auch legen mußten. Heute dagegen ändert sich das Schwergewicht so weit, daß es auf die friedliche, organisatorisch-kulturelle Arbeit verlegt wird. ... Vor uns stehen zwei Hauptaufgaben, die eine Epoche ausmachen. Das ist einmal die Aufgabe, unseren Apparat umzugestalten, der absolut nichts taugt und den wir gänzlich von der früheren Epoche übernommen haben. ... Unsere zweite Aufgabe besteht in der kulturellen Arbeit für die Bauernschaft. Bei einem vollständigen genossenschaftlichen Zusammenschluß stünden wir bereits mit beiden Füßen auf sozialistischem Boden.“

Die Katze aus dem Sack gelassen

Vom verfälschten Lenin ging Jakowlew dazu über, ihn zu „überwinden“ und mit ihm den ganzen Marxismus zu „entsorgen“. In seinem Buch „Vorwort, Einsturz, Nachwort“ heißt es dazu: „Es ist die Zeit gekommen um zu sagen, daß der Marxismus von Anfang an utopisch und falsch war.“

Jetzt wurde das Hohelied auf den Kapitalismus gesungen: „... Die Entstaatlichung des Eigentums ist so notwendig wie die Luft.“ Und: Da „sich der sozialistische Entwicklungsweg als Sackgasse erwiesen hat, gibt es aus der Sackgasse nur einen Weg – zurück“. Das heißt zurück zur Wiedereinsetzung „des Privateigentums in seine vollen Rechte“.

Nachdem die Arbeit getan, der Sozialismus zerstört und die Wiederherstellung des Kapitalismus so weit fortgeschritten war, daß man sie für unumkehrbar hielt, konnte man die Katze nun vollends aus dem Sack lassen. Tschernjajew, einer der engsten Mitarbeiter Gorbatschows, schreibt: „Die wahrhaft ungewöhnlichen, die Grenzen der offiziellen Orthodoxie überschreitenden Maßnahmen bedurften einer Deckung, darunter der Autorität Lenins, um zu erreichen, daß sie im Volk und besonders in der Partei eine größere Aufnahmebereitschaft fanden.“

Im Vorwort zu Jakowlews erwähntem Buch wird ausgeplaudert, daß sich einer der Mitarbeiter Gorbatschows damit beschäftigt habe, „Fehler Lenins zu suchen und auch humanitäre Ideen, die den traditionellen Marxismus reformieren konnten“. Und weiter: „Vom Marxismus wichen alle ab, die nicht die Achtung vor sich selbst verloren und sich entgegen allem die Fähigkeit zum selbständigen Denken bewahrt hatten. Ohne das hätte es die Perestroika nicht gegeben und nicht jene Befreiung, die ihr folgte.“ Man habe „beginnend mit dem Jahr 1986 allmählich ganz und gar nichtmarxistische Wahrheiten in den ideologischen Umlauf“ gebracht.

„Es war richtig, daß sie scharfe Veränderungen in der Ideologie und der Innenpolitik vermieden ... Abrupt und unmittelbar konnten sich Wissenschaftler vom Marxismus abwenden, die Politiker und um so mehr die Führer des Landes jedoch nicht. Für sie war es nötig, in maximal möglichem Maße Zeit zu gewinnen, um bis zu einem dem Wesen der Sache nach

unvermeidlichen Aufstand der Konservativen die Veränderungen in der Ideologie und im politischen Verhalten unumkehrbar zu machen.“

Gorbatschow bestätigt diese Strategie in einem „Spiegel“-Interview: Er selbst habe das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern müssen. „Dabei konnte man noch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. Man hätte mich für verrückt erklärt, das Volk wäre zerrissen worden, es hätte zum Bürgerkrieg kommen können. Man mußte Geduld zeigen, bis die Parteibürokratie so entmachteter war, daß sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen konnte.“ Und das sagt jener Mann, der sich den Posten des Generalsekretärs dieser Partei erschlichen hatte! Welches Ziel er und seine konterrevolutionären Mitverschwörer dabei verfolgten, hat Jakowlew in einem Interview so formuliert: „Zuerst mußte das totalitäre Regime durch die totalitäre Partei zerschlagen werden, einen anderen Weg gab es nicht. ... Weil es nur durch die Nutzung ihres totalitären Charakters, der seinen Ausdruck sowohl in ihrer Organisiertheit wie auch in Disziplin und Gehorsam fand, möglich war, das totalitäre Regime zu zerschlagen. ...“

Bei solcher Offenheit über Strategie und Taktik der unter dem Etikettenschwindel „Perestroika“ abgelaufenen antisozialistischen Konterrevolution verwundert es denn auch nicht mehr, wenn bei Jakowlew zu lesen ist: „Die französischen Journalisten, die zu Beginn der Perestroika geschrieben haben, daß der Herd der Konterrevolution in der UdSSR der Stab des Kommunismus, das ZK der KPdSU ist, hatten recht.“

Verlust der Kampffähigkeit

Nach alledem kann es keinen Zweifel geben, daß der große Betrug der Gorbatschow, Jakowlew & Co. zu den wesentlichen Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in Europa gehört. Diese Tatsache darf allerdings nicht den Blick dafür verstellen, daß die konterrevolutionäre Strategie nur deshalb Erfolg haben konnte, weil Deformationen des frühen Sozialismus den Boden dafür bereitet hatten. Wie wäre es sonst zu erklären, daß die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen auch dann noch, als die antisozialistische Ausrichtung der „Perestroika“ offensichtlich wurde, keine Hand zur Verteidigung ihrer Gesellschaftsordnung gerührt haben? Insbesondere hatte die KPdSU ihre Kampffähigkeit verloren. Ohne den bald nach Lenins Tod einsetzenden Prozeß der Aushöhung des demokratischen Zentralismus wären solche Entwicklungen kaum denkbar gewesen. In einer lebendigen, streitbaren kommunistischen Partei mit breit entfalteter innerer Demokratie und ständiger Kontrolle der Führung durch die Mitgliedschaft hätte sich die konterrevolutionäre Gorbatschow-Bande kaum in die Spitze „hochschleichen“ und die Partei in ihre Gewalt bringen können.

Willi Gerns, Bremen

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen

*Offener Brief
an den Präsidenten der Bundesrepublik
Deutschland,
Herrn Christian Wulff*

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, während meiner Kur im Altenberger „Raupennest“ sind Sie mir via Medien zweimal begegnet. Erlauben Sie mir bitte, dazu einige Bemerkungen zu machen. Ratschläge können es nicht sein, denn Sie haben qualifizierte Ratgeber genug. (Am Ende der Amtszeit Herrn von Weizsäcker hatte er mich zu einem vertraulichen Gespräch eingeladen, in dem ich manches über die Bürde eines Präsidenten erfuhr.)

Sie waren mit Ihrer Gattin Ehrengast des Opernballs in Dresden. Die Medien haben einen großen Wirbel darum gemacht, allen voran die „Super-Illu“. Sie wählte den Titel „Hollywood in Dresden“ und zitierte Sie: „In Dresden kann man sich wirklich verlieben.“ Wer Dresden mit enttrümmert hat, hört das gern. Er vergißt aber auch nicht, daß Elbflorenz noch im Frühjahr 1989 atomares Ziel der NATO-Übung Wintex war, wie General Naumann mir später bestätigte.

Der Medienrummel wäre begrüßenswert, wenn etwas für die Versöhnung der Deutschen aus Ost und West dabei herausgekommen wäre. Dazu war schon der Moderator nicht die geeignete Person. Gunter Emmerlich hat noch an der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der DDR im Dresdner Kulturpalast mitgewirkt. („In diesen heil'gen Hallen kennt man die Rache nicht.“)

Er hätte das laut Vertrag auch am 40. Jahrestag der Gründung des MfS getan. Glaubt jemand, das MfS in Dresden hätte einen Feind der DDR auftreten lassen? Emmerlich arbeitete vor 1989 an der Semperoper, die – nicht zufällig – am 13. Februar 1985 in Anwesenheit der Honeckers neu eingeweiht worden war. Warum hat noch kein Ehrengast des Opernballs, auch Sie und ihre Gattin nicht, die kulturelle Leistung der „maroden“ DDR gewürdigt? Warum wird so getan (oder sogar behauptet, wie ich es erlebte), die Oper sei ein Kind der „Wende“? Ist das der Grund dafür, daß

die neue Elite das Haus in Besitz genommen hat, Kurt Biedenkopf sogar für einen runden Geburtstag? (Es gab auch Dresdner, die teilhatten, allerdings vor den Türen der Oper.)

In Ihrer Anwesenheit wurden drei Heilige Georgs verliehen. Alle gingen an „Wessis“, die mit der Oper und Dresdens Aufbau nicht das geringste zu tun hatten.



Wenn es um die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Ordnung gegen Antifaschisten geht, verzichtet die Polizei des Rechtsstaates BRD weder auf Pfefferspray noch auf scharfe Hunde. (Dresden, Februar 2011)

Die „Leistung“ Roman Herzogs für den Osten bestand darin, daß er als Jurist die Siegerjustiz unterstützte und als Präsident den Krieg auch in den Osten getragen hat. Was hat das mit der Semperoper zu tun?

Dresden hätte genügend Sänger und Schauspieler (Peter Schreier, Theo Adam, Rolf Hoppe und andere), die in der Semperoper präsentiert werden konnten.

Reizvoll wäre die Antwort auf die Frage: War außer dem gewendeten Amtsträger der DDR-CDU, dem heutigen Ministerpräsidenten Tillich, einigen seiner Mitarbeiter und den Tanzeleuten noch ein Sachse im Saal? Ich beende meine Fragen.

Das zweite Medienereignis war, daß Sie bei der Eröffnung einer „Stasi“-Ausstellung am 15. Januar, (dem Jahrestag der ominösen „Erstürmung“ der Zentrale des MfS) mitwirkten. Sie sorgen sich um die Erinnerung an die DDR, die ja ureigenste Sache jedes einzelnen ist. Ich frage mich: Warum muß sich der Bundespräsident an der unsäglichen „Erinnerungsschlacht“ beteiligen? Gibt es nicht genug „willige“ Historiker und Publizisten? De facto segneten Sie noch in diesem Jahr das unheilvolle Wirken der „Stasi“-Jäger. Der Ort, an dem Sie auftraten, war das neue „Bildungszentrum“ der Birthler-

Behörde. Schreiben Sie es bitte meiner Unkenntnis zu, wenn ich frage: Welches Gesetz ermächtigt diese Behörde, sich die Kompetenz der Länder für die Bildungspolitik anzueignen? In Ihrer Rede malten Sie ein Horrorbild vom Alltagsleben in der DDR: Spitzel unter Freunden und in der eigenen Familie (Vera Lengsfeld?), Ärzte, die ihr „intimes Wissen“ preis-

gaben (Heinz Eggert?), geöffnete Briefe, unerfüllte Berufswünsche. Mit solchen „perfiden Methoden“ seien Leben zerstört worden.

Unbestreitbar hat es auch in der DDR vermeidbare Fehler und beklagenswerte Schicksale gegeben. Sie machten aber nicht das Wesen und den Alltag der DDR aus. Immerhin war es Roman Herzog, der aus gutem Grund am 13. Februar 1995 in Dresden vor der „Saldierung der Opfer“ gewarnt hat.

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Nur eine Frage: Wie vielen jungen Leuten wird heute

ihr Berufswunsch verwehrt? Wer ist dafür verantwortlich? Ihr Leserbrief vom 24. Juli 1976, den Sie Ihrer Tochter zeigten, ist immer noch aktuell. Für Millionen Deutsche sind Freiheit und Menschenrechte – das Recht auf Frieden, Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit – keine Realität.

Willy Brandt hatte zu Recht vor dem Mißbrauch der Menschenrechte in der Politik gewarnt: Kehre jeder vor seiner eigenen Tür! Die Birthler-Behörde verwirklicht die Menschenrechte gewiß nicht. Aber was tun Sie als Bundespräsident?

Sie sagten am 15. Januar, es sei „erschreckend, wie verklärend viele heute rückblickend auf die DDR schauen“. Dem müsse man entgegentreten. Warum? Ist der Bundespräsident für die persönlichen Erinnerungen zuständig? Müssen wir „Ossis“ unser Gehirn zerquetschen lassen wie der Mankurt in Aitmatows „Die Zeit zieht den Jahrhundertweg“?

In der Partei Die Linke gibt es einen interessanten Streit. Angesichts der Kritik einiger Mitglieder am Lebensstil des Vorsitzenden Klaus Ernst antwortete der: „Eine Linke, die ihren führenden Leuten vorschreibt, wie sie zu leben haben, ist so attraktiv wie ein Kuhfladen.“ Und ein Staat, der die Totalitarismus-Doktrin

zum Maßstab der Staatsräson und der Erinnerung macht? Sie werden nicht widersprechen können, wenn ich behaupte: Die Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR haben vierzig Jahre lang ihren Bürgern den äußeren und inneren Frieden garantiert. Das entsprach den Interessen der Bürger und dem Vermächtnis der Überlebenden des Faschismus 1945: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Dresdens Wirklichkeit zwanzig Jahre nach der „Wiedervereinigung“ der deutschen Brüder und Schwestern zeigt:

In „Elbflorenz“ werden wie zu Hitlers Zeiten wieder Offiziere ausgebildet, die grundgesetz- und völkerrechtswidrig Aggressionen planen und durchführen.

Ich könnte Ihnen viele Menschen vorstellen, deren Biographie zerstört wurde: Abgewickelte, in den Selbstmord Getriebene, unschuldige Opfer der Siegerjustiz, auch hochqualifizierte „Revolutionäre“ des Herbstes 1989, die jetzt von Hartz IV leben und über ihr Schicksal klagen. Ich wiederhole Roman Herzog: Das „Saldieren“ führt zu nichts außer zu Rachedenken. Sie ächteten die „Stasi“. Da ich in dieser Frage nicht unparteiisch urteile (wie aus meiner Publikationsliste unschwer nachzuweisen ist), möchte ich Sie wenigstens auf zwei Titel und ein Zitat Richard von Weizsäckers hinweisen.

Daniela Dahn hat in ihrem Buch „Wehe dem Sieger!“ eine Generalbilanz von zwanzig Jahren „Wiedervereinigung“ versucht, welche die Regierung verweigert. In ihrem Buch finden Sie (S. 168/169) auch die Bilanz der Siegerjustiz gegenüber der „Stasi“.

Der letzte Innenminister der DDR, Dr. Peter-Michael Diestel, hat seine diesbezüglichen Erfahrungen in „Aus dem Leben eines Taugenichts?“ beschrieben. Vielleicht laden Sie ihn zu einem persönlichen Gespräch ein? Dr. Diestel urteilt: „Die Gauck- bzw. die Birthler-Behörde war von vornherein ein stumpfes Schwert. Es wäre richtiger gewesen und hätte uns allen sehr viel sozialen Unfrieden erspart, wenn man nach der Wende die Stasi-Akten gleich vernichtet oder deren Überreste ins Bundesarchiv überführt hätte.“ (S. 102)

Im Umkehrschluß lautet die Erkenntnis: Wer mit den „Akten“



Mißbrauch treibt, provoziert sozialen Unfrieden. Das ist inzwischen eine Binsenwahrheit, die selbst Lothar de Maizière am eigenen Leibe erfahren hat. Bundespräsident Richard von Weizsäcker, den ich auch bei seiner

Verleumdungsfreiheit darf sie nicht mißbraucht werden. Aus der leidvollen Geschichte der DDR ein Objekt für Mediengeschäfte mit gekauften Akten und reißerischer Verbreitung von Angst und Feindschaft zu machen, ist ein widerwärtiger Skandal.

Es darf nicht sein, daß die einen verdienen, die anderen verzweifeln.“

Das sind Worte, die christlicher Gesinnung und dem Geist der Aufklärung entsprechen.

Hat sich Herr von Weizsäcker womöglich geirrt?

Was wir tun, wird nicht nach der BILD-Elle gemessen, sondern vom Urteil der Enkel bestimmt. Das Urteil meiner Enkel kenne ich.

Was tun? Ich zitiere Egon Krenz, den letzten Widerpart Richard von Weizsäckers in der souveränen DDR, der von der Siegerjustiz als Totschläger verurteilt worden ist: „Vielleicht versuchen wir es mal mit der Wahrheit? Nämlich: Wir reden die Bundesrepublik einfach nicht mehr schöner, als sie ist, und wir machen die DDR nicht schlechter, als sie tatsächlich war ... Jedes Schicksal ist einmalig und individuell. Jeder hat seine eigene Geschichte. Und die Geschichte der DDR-Bürger ist vielseitiger und komplexer, als wir sie in den bürgerlichen Medien, von Politikern, von offiziell bestellten und bezahlten Historikern, in Büchern und Filmen derzeit serviert bekommen.“ (Gefängnis-Notizen, S. 230)

So oft ich Krenz zitiert habe, Widerspruch ertete ich nicht. Zwingt das zum Nachdenken?

Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit und Kraft in Ihrer Arbeit, die dem Wohl aller Deutschen dienen soll.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. em. Dr. Horst Schneider



**Hindukusch-
kusch-kusch**
**The
SHOW
goes on!**

©D. Eckhardt 2011